

Telefon: 233 - 92 430
Telefax: 233 - 27 290

Direktorium
D-FgR
Fachstelle gegen
Rechtsextremismus

Stadtratshearing zu Rassismus im politischen Diskurs

Antrag Nr. 08-14 / A 02333 von Frau Stadträtin Dagmar Henn
vom 28.03.2011

Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 07406

Anlage

Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 28.09.2011 (SB) Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

1. Anlass der Beschlussvorlage

Antrag von DIE LINKE wonach die Stadtverwaltung ein Hearing zu Rassismus im politischen Diskurs veranstalten soll.

2. Beurteilung der Sachlage

Rassistische Positionen und Diskurse sind, wie die von der Antragstellerin erwähnten Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Forschergruppe um Wilhelm Heitmeyer zeigen, kein gesellschaftliches Randphänomen (mehr), sondern sie finden Widerhall auch in der Mitte der Gesellschaft.

Aus diesem Grund erscheint es nicht zielführend, ein Stadtratshearing zu Rassismus im politischen Diskurs zu veranstalten. Vielmehr ist es sinnvoll, gesellschaftliche Diskurse insgesamt (und nicht nur im Bereich der Politik) zu fokussieren und zu prägen. Hierzu gibt es bereits eine Reihe von Initiativen von Seiten der Stadt, so u.a.:

Die Fachstelle gegen Rechtsextremismus erklärt:

- Erstellung und Verteilung von städtischen Flugblättern gegen rechtsextreme und rechtspopulistische Parolen. Diese werden über die städtische Verwaltung in sämtliche Bereiche der Münchner Stadtgesellschaft transportiert. Sie ermöglichen es, die Bürger und Bürgerinnen zu informieren und geben diesen argumentative Handlungssicherheit im Umgang mit rassistischen Äußerungen
- Initiierung der städtischen Kampagne „Laut gegen Brauntöne“ mit dem Untertitel: Die Kampagne der Landeshauptstadt München gegen Rassismus, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit. Mit Brauntönen sind rechtsextreme Aussagen gemeint, mit denen Jugendliche (und auch Erwachsene) immer wieder im öffentlichen Raum konfrontiert sind, also beispielsweise „Ausländer nehmen uns die Arbeit weg“ oder „Alle Muslime sind Extremis-

ten“. Solche „Töne“ vergiften das gesellschaftliche Klima, sie werten ganze Menschengruppen ab und grenzen sie aus unserer Gesellschaft aus.

Diese Kampagne hat zwei Ziele: Erstens, Jugendliche in München und Umgebung über den neuen rechtsextremen Lifestyle und rechtsextreme Aktionsformen aufzuklären. Zweitens, Jugendliche zu ermuntern, genau hinzuhören und gegen „Brauntöne“ couragiert das Wort zu ergreifen.

Die Antidiskriminierungsstelle für Menschen mit Migrationshintergrund (AMIGRA) erklärt:

München ist aufgrund eines Stadtratsbeschlusses seit 2009 Mitglied im Städtenetzwerk "Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus". Die Europäische Städte-Koalition geht auf eine Initiative der UNESCO im Jahr 2004 zurück. Ziel der Initiative ist es, ein weltweites Netzwerk von Städten einzurichten, die sich gemeinsam für einen wirkungsvollen Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einsetzen.

Um Rassismus, der gerade in der Anonymität der Städte auftritt, wirkungsvoll entgegen zu treten, wurde von den über 100 Europäischen Mitgliedsstädten des Netzwerks ein für die Praxis gut handhabbarer "Zehn-Punkte-Aktionsplan der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus" entwickelt. Die darin enthaltenen Vorschläge und Anregungen dienen den Mitgliedsstädten einerseits als Richtschnur für die Umsetzung in der eigenen Kommune. Andererseits ist mit einem Beitritt zur Europäischen Städtekoalition auch die Umsetzung des Zehn-Punkte-Aktionsplans verbunden.

In der Präambel zum "Zehn-Punkte-Aktionsplan" wird auf die Schlüsselrolle, die den Kommunen zukommt, eingegangen, "wenn es darum geht, eine tolerante und solidarische Gesellschaft zu gestalten und allen Stadtbewohnern, gleich welcher nationalen, ethnischen, kulturellen, religiösen oder sozialen Zugehörigkeit, ein Leben in Würde, Sicherheit und Gerechtigkeit zu ermöglichen".

Im Herbst 2011 wird dem Münchner Stadtrat erstmals ein Bericht zum Zehn-Punkte-Aktionsplan über die Münchner Aktivitäten und Maßnahmen zur Rassismusbekämpfung vorgelegt. Somit besteht auf politischer Ebene Gelegenheit, das Thema breit zu diskutieren und eventuelle Weichenstellungen vorzunehmen.

Um Diskriminierungen, Alltagsrassismen und Rassismus in seinen verschiedenen Formen entgegenzutreten, stellt AMIGRA im Rahmen ihrer Möglichkeiten ein breites Angebot zur Verfügung.

Neben der Beratung und Hilfe im Einzelfall sind dies vor allem Projekte, wie z. B. das Filmprojekt "Schwarze Kinder und Jugendliche", das speziell für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit entwickelt wurde; oder auch durch Veranstaltungen zu Themen wie "Rassismus in Gesellschaft und Sprache" oder "Alltagsrassismus und rassistische Diskriminierung - Auswirkungen auf die psychische und körperliche Gesundheit", um nur einige zu nennen.

Die Stelle für Interkulturelle Arbeit erläutert:

"Das Thema "Abbau von Diskriminierung" ist eines der sechs Handlungsfelder, in denen der Schwerpunkt der Umsetzung des Interkulturellen Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt München liegt. Deshalb gibt es beispielsweise in allen interkulturellen Fortbildungen einen Baustein zu Rassismus und Diskriminierung. Die Stelle für interkulturelle Arbeit ist immer wieder Kooperationspartnerin bei Veranstaltungen mit diesem Themenschwerpunkt. Zum Beispiel wird im November der Auftakt einer Tagungsreihe des Deutschen Städtetages stattfinden. Diese Tagung, die der Deutsche Städtetag gemeinsam mit der Stelle für interkulturelle Arbeit organisiert hat, widmet sich dem Thema "Diskriminierung als Herausforderung"."

3. Fazit

Ein Stadtratshearing zu Rassismus im politischen Diskurs ist derzeit nicht zielführend. Andere Aktivitäten der oben genannten Fachstellen und Einrichtungen der Landeshauptstadt München, die sich gegen rassistische Parolen in der Münchner Stadtgesellschaft richten, werden fortgesetzt.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

II. Antrag des Referenten

1. Der Antrag von DIE LINKE wird abgelehnt.
2. Der Stadtratsantrag Nr. 08-14 / A 02333 von Frau Stadträtin Henn vom 28.03.2011 ist somit geschäftsordnungsgemäß erledigt.
3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Christian Ude
Oberbürgermeister

IV. Abdruck von I. mit III.
über den Stenografischen Sitzungsdienst

an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z. K.

V. Wv. - Direktorium FgR